



- Pressemitteilung -

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4431  
Telefax (0211) 884 – 3630

E-mail marcel.hafke@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 21. November 2019

Frühkindliche Bildung

### **Hafke (FDP): KiBiz-Reform stärkt Kitas in Wuppertal**

**Bei der Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) werden, parallel zur auskömmlichen Finanzierung des Systems mit rund 750 Millionen Euro, zusätzlich die Mittel für die Sprachförderung und sogenannte PlusKITAs, die insbesondere die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern verbessern, erhöht. „Das Jugendamt Wuppertal wird für das Kindergartenjahr 2020/21 3.040.000 Euro aus diesem Topf erhalten, rund 985.000 Euro mehr als im laufenden Jahr. „Damit wird die KiBiz-Reform zu deutlichen Qualitätsverbesserungen in der Kinderbetreuung vor Ort beitragen“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Marcel Hafke.**

Die NRW-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, Kindern die besten Chancen zu bieten, um sich zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen – unabhängig von ihrer Herkunft und dem sozialen Status. „Sprache bildet hierfür eine Grundvoraussetzung. Darum ist es ein richtiger Schritt, die Mittel für plusKITAs und Sprachförderung von jährlich insgesamt 70 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro zu erhöhen, betont Hafke.

Darüber hinaus werden erstmals Zuschüsse für die Ausweitung von Betreuungszeiten gewährt, die in den nächsten Jahren auf bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr aufwachsen werden. Die Kommunen beteiligen sich hieran freiwillig mit 20 Prozent. Davon wird auch das Jugendamt der Stadt Wuppertal profitieren: für das Kindergartenjahr 2020/2021 werden 757.200 Euro für die Flexibilisierung von Betreuungszeiten zur Verfügung stehen. „Wir wollen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen. Die Ausweitung von Betreuungszeiten wird jedoch nicht zu Lasten der Personalsituation in den Betreuungseinrichtungen gehen“, versichert Hafke. Das KiBiz stellt sicher, dass die Jugendämter die personellen und organisatorischen Voraussetzungen vor Ort genau prüfen werden. „Sind flexiblere Betreuungs- und Öffnungszeiten in einzelnen Einrichtungen möglich und gewollt, wird das Land die Ausweitung mit zusätzlichem Geld bezuschussen können“, erläutert Hafke.

Die KiBiz-Reform befindet sich auf der Zielgeraden des parlamentarischen Beratungsprozesses und wird voraussichtlich am Donnerstag 28. November vom

Landtag beschlossen. In Kraft treten wird die umfassende Reform zum 1. August 2020.